

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 246

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Donnerstag, 27. Mai 1926

Druck und Verlag von August Moeller in Berlin.

Hauptmanns Absage an die Akademie.

Ein Brief an den Kultusminister.

„Es bedarf keines Dichterkollegiums.“

Am 20. Mai, nach seiner Rückkehr aus dem Süden, hat Gerhart Hauptmann an den preußischen Kultusminister Dr. Becker folgenden Brief gerichtet:

Ametendorf (Wiesensein), den 20. Mai 1926.
Hochwürdiger Herr Minister!

Soeben von langer Reise nach Hause zurückgekehrt, finde ich die Befehle des hohen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die ich eingeladen werde, der neu gegründeten Sektion für Dichtkunst innerhalb der preußischen Akademie der Künste beizutreten. Bei voller und dankbarer Würdigung der mit zugesuchten großen Auszeichnung wird es mir doppelt schwer, zu tun, was doch geschehen muss, nämlich zu bitten, von meiner Einigkeit als Mitglied dieser übertragenen Sektion abzusehen.

So sehr ich eine Akademie der Wissenschaften, eine Akademie der bildenden Künste und der Musik als eine staatliche Notwendigkeit anschaue, da es sich hier um Geistesgebiete handelt, die durch gemeinsame Arbeit gefördert werden müssen, und unter denen staatliche Lehrinstitute in großer Zahl stehen, so wenig vermag ich mich von der staatlichen Notwendigkeit einer akademischen Sektion für Dichtkunst überzeugen, und zwar um so weniger vermag ich das, je mehr ich darüber nachdenke. Es bedarf keines Dichterkollegiums, um staatliche Unterstützungen zu erwirken und zu verteilen, sondern nur einiger gebildeter und wohlwollender Männer von Tast und Geschmack.

Was aber die weiteren und höheren Aufgaben der Dichtkunst an betrifft und ihre verantwortliche Förderung, so bin ich leider, wenn ich an die neu zu gründende Sektion denke, kleinmütig. Ein bewusste Führung auf dem Gebiete der Dichtkunst gibt es nicht. Staatlich dominierte, führende Dichter bilden ein Atom, mit Kraft in den Kreisen der freien Dichter konkurriert werden wird. Was mich betrifft, so kann ich mir weder eine unbewußte, noch eine bewußte Führerstellung dieser Art aufzuwerfen. Wenn ich, wie andere Schriftsteller und Dichter, auf Menschen im Sinne der Menschlichkeit gehandelt habe, ist es mir genug.

Sie sehen mich also, Herr Minister, auf Seiten derer, die schon vor meiner Zeit gegen die Bildung einer Dichterakademie gewarnt sind. Ich bin gewiss, Sie werden nichts anderes von mir erwarten, als daß ich dies freimüdig eingeschäfe. Es liegt mit dabei ganz fern,

an der entgegengesetzten Meinung oder gar an dem edlen Weisheit des hohen Ministeriums irgendwie Kritik zu üben. Nur für mich und ganz allein nur für mich soll meine Überzeugung maßgebend sein.

Mit dem Ausdruck tiefster Respetus

(reg.) Gerhart Hauptmann.

*

III. Dieser Brief, aus dessen Worten Überzeugung und Würde spricht, wird nicht nur im preußischen Kultusministerium großes Aufsehen hervorrufen, und der Kultusminister Dr. Becker, der gegenwärtig zu Besuch in Budapest weilte, wird diese Abfrage mit Beihilfe lesen, und ebenso werden die übrigen Mitglieder der Akademie die Nachricht nicht ohne Trauer vernehmen. Der erste und wesentliche Präsident der Akademie, der größte Dichter des Landes, hat ein Misstrauensvotum gegen die neue Institution abgegeben und die Folgen dieses übertragenen Schrittes sind nicht abzusehen.

Wir haben hier die Einrichtung der Akademie begrüßt, weil wir in ihr nicht nur die klugen und edlen Motive des Kultusministers sahen, sondern weil wir es auch an der Zeit fanden, daß das Schrifttum in Deutschland, von der alten Regierung vernachlässigt, verletzt und übersehen und höchstens in sehr unzureichendem Vertritt prunkhaft gezeigt, daß dieses Schrifttum endlich unter der Republik in der Ehre seiner wahren Vertreter Aufsehen erhalte. Wir haben deshalb unsere Bedenken zurückgestellt. Es mußte abgewartet werden, welche Bedenken zurückgestellt werden, welche die vorstrebende Idee des zweit ernannten Mitgliedern unter der Initiative des zuerst ernannten Mitglieders abgeschlagen würde. Nun ist die erste Strecke dieses Weges, die einstrebte, wurde von dem wichtigsten und angesehensten Mann verloren worden.

Die Gründe, die Gerhart Hauptmann aufzählt, sind durchaus bemerkenswerte und verständliche, und es wird sich ihnen niemand entziehen können. Die deutsche Akademie wird niemals das werden können, was die ähnliche französische Akademie ihren Mitgliedern bedeutet, sie wird ein bloßer Korridor, kein Verhältnis durch das vorstrebende und kluge Arbeitseifer ihrer Mitglieder einer Institution werden, die in der Praxis ihre schönen Aufgaben im Rahmen der deutschen Situation erfüllen kann.

Es ist im Augenblick nicht abzusehen, welche Folgen der Brief Hauptmanns haben wird. Man kann nicht voraussehen, wie die übrigen Mitglieder der Akademie sich verhalten werden, und der Schrift, den zweitwählern des Kultusministers unternehmen wird, um Hauptmann zu bitten, die Akademie durch seine Abage nicht zu gefährden, wird kaum einen Erfolg zeitigen.

Die internationale Arbeitskonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Genf, 27. Mai.

Auf der Tagessitzung der 8. internationalen Arbeitskonferenz des Directors des internationalen Arbeitsamtes neben dem üblichen Bericht der Vereinfachung der Luftfahrt über die Auswanderer an Bord der Schiffe. Der Verwaltungsrat der internationalen Arbeitsorganisation hatte beschlossen, in diesen Jahren zwei unmittelbar aufeinanderfolgende Arbeitskonferenzen abzuhalten, von denen die eine ausschließlich die Frage der Sozialpolitik in der Handelsfahrt gewidmet sein sollte. Um nun die Anwesenheit der Vertreter des Schiffstaats auf dieser Tagung anzunehmen, beschloß der Verwaltungsrat, die Auswandererfrage zum Gegenstand der ersten dieser beiden Konferenzen zu machen. Er war dabei von der Ausföhrung ausgegangen, daß diese Frage mit dem der Arbeitskommission häufig behandelten Problem des Wandervorwesens zusammenhänge. Als die Tagessitzung bekannt wurde, erhoben die Vertreter der Schiffstaatsverträge auf diesen Tagen, indem sie darauf hinwiesen, daß von dieser Frage die technischen Probleme der Förderung des Auswanderers nicht zu trennen seien, die wiederum mit den Fragen der Beförderung der Reisenden in allgemeinen Zusammenhängen. Zur Behandlung dieser Frage sei die Arbeitskonferenz nicht zuständig. Vom Arbeitsamt wird gelten gemacht, daß nicht hochschätzbar sei, die technischen Fragen der Unterfahrt und so weiter, der Auswanderer zu behandeln, sondern lediglich die Fragen der Ausföhrung der bestehenden Ausföhrungsvereinbarungen. Der Comité der Schiffstaatsverträge hat sich zu einer Resolution verdichtet, die von einer Reihe von Arbeitgebervertretern unterzeichnet wurde und über die heute vorzeitig des Vorsitzes debattiert wurde. In dieser Resolution wird erklärt, daß die internationale Arbeitsorganisation zur Behandlung der Fragen des Transports des Auswanderers nicht zuständig sei, und daß die Konferenz es ablehne, die Frage der Vereinfachung der Inspektionen des Auswanderer an Bord der Schiffe zu behandeln. Der englische Arbeitgebervertreter Sneddon begründete die Resolution, indem er darauf hinweist, die Unternehmer seien der Auffassung, daß die Arbeitsorganisation sich lediglich mit den Fragen der Arbeitsbedingungen beschäftigen darf und zur Behandlung dieser Auswandererfragen

Arbeitskonferenz für alle Fragen des Wandervorwesens, auch wenn diese Fragen keine besonderen Beziehungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnarbeiter hätten. Sein Verteilungsrat des Arbeitsamtes hatte die deutsche Vertreter im Verteilungsrat der Arbeitskommission die Frage auf die Tagessitzung der Konferenz gestellt, daß die Frage auf die Tagessitzung der Konferenz abgestellt wurde. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Grenzverkehr im Saargebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 27. Mai.

Am Ende dieser Woche haben in Saarbrücken die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierungskommission des Saargebiets, der deutschen und der französischen Regierung über die Regelung der Reichslage an den Grenzen des Saargebiets, besonders über den kleinen Grenzverkehr, stattgefunden. Eine Einigung ist über verschiedene Punkte erzielt worden. Jedoch kommt noch nicht alle Fragen geklärt werden. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Der französisch-südostslawische Vertrag.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 27. Mai.

Brland hat gestern eine Unterhaltung mit dem südostslawischen Ministrer des Äußeren Mintschitsch, der aus Genf nach Paris gekommen war. Es handelt sich um den französisch-südostslawischen Vertrag zwischen Frankreich und Südostslawien, von dem vor der Märztagung des Volkerbundes geprahbt worden ist. Die französischen Zeitungen glauben, daß der französisch-südostslawische Vertrag durch ein ähnliches Abkommen zwischen Südostslawien und Italien ergänzt werden wird.

Die Sprachendebatte im römischen Senat.

(Telegramm unseres Korrespondenten)
Rom, 27. Mai.

Bei der Aussprache über den Unterricht im Senat erhob sich eine Stimme zugunsten des deutschen Unterrichts. Senator Raimo regte an, daß in den neuen Provinzen für die deutsche und slowenische Sprache dieselben Vergünstigungen eingehalten werden, wie sie für die französische in den Gemeinden von Val d'Aosta, Piemont und Sula bestehen. Allerdings sollte die Regierung Maßregeln ergreifen, daß die in gewissen Zonen Südtirols anfassigen Ladiner zu guten Lateinern gemacht werden, wie es ihre Vorfahren waren.

Wahlstörer in Washington.

Der Sieg der „Rosen“ in Pennsylvania. — Die Regierung in Abwehrstellung. — Der Auftakt zu den Wahlen im Herbst.

Telegramm unseres Korrespondenten

Dr. Max Jordan.

Washington, 27. Mai.

In den Hallen des Kapitols steht das Barometer auf Sturm. Schon lange nicht mehr sind die Gemüter durch eine so starke politische Erregung erhöht worden, wie jetzt nach der Niederlage des Regierungslandabköpfen bei den Primärwahlen im Staate Pennsylvania. Die Agitatoren in allen Parteialagern erfreuen sich einer seltenen Hochkonjunktur. Man muß sich schon ziemlich tief hineintun in die amerikanische Innopolitik, um zu verstehen, wie eine solche Haupfe entstehen konnte. Der Bonnpart, der jetzt im Senat erhoben wird, daß an die drei bis fünf Millionen Dollars für die pennsylvaniaische Wahlkampagne allein aufgewandt worden seien, und die Anfangen, die Republikaner und Demokraten einander ins Feld schleudern, in strampharter Beleidigung, den jeweiligen Gegnern die Verantwortung für alle Korruption und Schieberei in die Schuhe zu schieben — oder dies darf als kennzeichnend gelten für die Vorposten — gefechte, die jetzt mit den Primärwahlen im ganzen Lande eingeführt haben, als Auftakt zu den Wahlen selbst im Herbst. Die 69. Session des Kongresses geht ihrem Ende zu, und in November soll es sich entscheiden, wie viele von den 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses und wie viele von den 32 Senatoren, deren Mandate jetzt auslaufen, im Winter wiederkehren sollen.

Die Primärwahlen dienen der Auswahl der Kandidaten und bringen darin in vielen Staaten, wo die eine oder die andere Partei die Zügel fest in Händen hält, schon entscheidende Resultate. Daher die ungeheure Spannung, mit der ihr Verlauf allenfalls verfolgt wird. Für die regierende Republikanische Partei sind die Primärwahlen vor allem darum wichtig, weil sie einen Grasmesser für die Stimmlistung der Wähler im allgemeinen abgrenzen. Prohibition, Landwirtschaftsfaulerei, Schutzpolizei, Wölfergericht — das sind ja einige der großen Fragen, um die heute die entscheidenden Kämpfe auf dem Felde der amerikanischen Innopolitik ausgetragen werden. Die Gründe, die Gerhart Hauptmann aufzählt, sind durchaus bemerkenswerte und verständliche, und es wird sich ihnen niemand entziehen können. Die deutsche Akademie wird niemals das werden können, was die ähnliche französische Akademie ihren Mitgliedern bedeutet, sie wird ein bloßer Korridor, kein Verhältnis durch das vorstrebende und kluge Arbeitseifer ihrer Mitglieder einer Institution werden, die in der Praxis ihre schönen Aufgaben im Rahmen der deutschen Situation erfüllen kann.

Es ist im Augenblick nicht abzusehen, welche Folgen der Brief Hauptmanns haben wird. Man kann nicht voraussehen, wie die übrigen Mitglieder der Akademie sich verhalten werden, und der Schrift, den zweitwählern des Kultusministers unternehmen wird, um Hauptmann zu bitten, die Akademie durch seine Abage nicht zu gefährden, wird kaum einen Erfolg zeitigen.

Viele hat nun gefragt, ob es eine Rasse über die Rassen ist. Dies wohl in einer Linie. In zweiter Linie aber wohl auch ein Sieg der Universalität über die Rasse. Die Regierung ist wiederum eine Niederlage der auf Prohibition und Wölfergericht seitgleichen Regierung und des Präsidenten Coolidge. Pepper hatte zugunsten des amerikanischen Politik zum Wölfergericht gestimmt und landete mit einer trockenem Plattform als Prohibitionstreund. Der Gouverneur des Staates, Gifford P. Smith, unterlag. Die Niederlage Mackintyres bedeutete zugleich eine Niederlage für die sich mit Entschiedenheit für Amerikas Anspruch ans Haager Regierungs eingestellt hatte. Bei den für kurz darauf folgenden Primärwahlen im Staate Indiana marschierten die Kandidaten nicht mit so eindruck gebundenen Marschrouten auf wie in Illinois. Aber so deutlicher waren aber die Programme am vergangenen Dienstag in Pennsylvania abgegrenzt, als drei republikanische Senatskandidaten die Kette betrat. Der bisherige Senator George Pepper erfreute sich der offenen Unterstützung des mächtigen Schatzministers Mellon und indirekt selbst derjenigen des Präsidenten Coolidge. Pepper hatte zugunsten des amerikanischen Politik zum Wölfergericht gestimmt und landete mit einer trockenen Plattform als Prohibitionstreund. Der Gouverneur des Staates, Gifford P. Smith, glaubte ebenfalls mit der Trockenheit am weitesten zu kommen. Aber beiden stand der Abgeordnete des Repräsentantenhauses William Vale gegenüber, der sich offen für die Abschaffung des Alkoholverbots einsetzte und auch mehr oder minder verbindlich die wölfergerichtliche Politik der „Universalität“ mitmachte.

Vale hat nun gezeigt, ob es eine Rasse über die Rassen ist. Dies wohl in einer Linie. In zweiter Linie aber wohl auch ein Sieg der Universalität über die Rasse. Die Regierung ist wiederum eine Niederlage der auf Prohibition und Wölfergericht seitgleichen Regierung und des Präsidenten Coolidge. Die Rasse triumphierte. Die Demokraten jubilierten, und auf dem Kapitol ist die Hölle losgebrochen. Was werden die Folgen sein für den eigentlichen Erfolg und Stärke der Präsidentenwahl des übernächsten Jahres? Ist Coolidges Stern im Sinken? Einigkeit den republikanischen Parteiführern steht schon die Zügel. Im Hauptquartier der regierenden Partei wird eifrig stillschweigen beobachtet, und im Weißen Hause sind feinerlei Anzeichen von Nervosität zu beobachten.

Es ist noch weit hin bis zum Herbst 1928. Immerhin, die „nahe Welle“ genannt unlesbar an Kraft, und der Wölfergericht der Generäle Konferenz, die mit Deutschlands Aufnahme im Wölferbund hätte enden sollen, hat zweifellos den Stolzierungspredigten in unerhofft starkem Maße frisches Wasser auf die Mühlen getrieben. Die Regierung sieht sich unter diesen Umständen zeitweilig in die Defensiv gedrängt. Aber es ist anzunehmen, daß sie früher als ihre Gegner jetzt angriffen werden, zu einer neuen Attacke wird. Auch die „Trocken“ werden die Hände nicht in den Schoß legen. Schließlich ist es ja keine Neuigkeit, daß Pennsylvania ein naßer Staat ist, wenn das bisher auch noch nie mit solcher Offenherzigkeit zum Ausdruck kam. Und der Osten gibt noch lange nicht den Ton für den mittleren oder gar den fernen Westen und Süden

en. Auch die fernere Entwicklung der Dinge in Europa wird abzuwarten sein. Die Regierung kann unmöglich viel an Prestige gewinnen, wenn es ihr nach dem hier allgemein erwarteten Schlag der Absturzkonferenz in Genf gelingt, eine neue Secabrußungskonferenz nach Washington einzuberufen. Also alle Träume sind feinespiels schon ausgespielt. Dennoch werden auf dem Kapitol bereits Värendfeste verteilt und exorbitante astrologische Genüsse diskutiert. Nur die ganz klugen kommen, und weit, weit im Hintergrund taucht die mächtige Geistwelt Brorah als cooliges Gegenkandidat auf. Machthaber in Washington. Es wird im Herbst ein heißes Treffen geben.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

In diesen Tagen sind, wie mitgeteilt, die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen worden. Die polnischen Vertreter haben gestern die Wünsche und Forderungen der polnischen Regierung für die Verhandlungsgrundlage vorgetragen. In der heutigen Sitzung wird die deutsche Regierung, die von Staatssekretär a. D. Dr. Lewald geführt wird, noch einmal den deutschen Standpunkt klarlegen, an dem sich überhaupt nichts geändert hat. Man hat in den beteiligten Kreisen nicht den Eindruck, daß diese Verhandlungen gezeigt haben, ob es zu einer Einigung zu führen. Es ist deshalb auch nicht vorsichtig zu rechnen, daß in absehbarer Zeit eine Verhandlungsklausel geschlossen werden kann, die den Abschluß eines deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages ermöglichen würde. Vielleicht wird sich in späterer Zeit der Verhandlungswandel in Polen auch bei diesen Verhandlungen auswirken.

Die russische Randstaatenpolitik.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Odessa, 27. Mai.

Der sowjetrussische Entwurf eines Sicherheitspakts mit den baltischen Staaten, der in der Art des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages gedacht ist, ist jetzt der lettändischen Regierung zugegangen. Es verläuft hier, daß eine Antwort Lettlands vor der nächsten Volksversammlung im September nicht zu erwarten sei.

Aus einer amtlichen Moskauer Meldung von heute geht hervor, daß zu diesem von Moskau geplanten Sicherheitspakt mit den baltischen Staaten sich Finnland bereits zu einem Memorandum geäußert hat. Der Gedanke eines Sicherheitspakts wird darin nicht unglücklich aufgenommen und es werden auch eigene Vorstellungen gemacht. So wird befürchtet, der Abschluß einer Konvention über ein Vergleichs- und Schiedsverfahren empfohlen, mit der gegenüber Sowjetunion immer noch vorhandenen Forderung gegenwärtiger Verpflichtung, sich in die politische Ordnung des anderen Vertragsjährlings nicht einzumischen.

Sohrt aufmerksam verfolgt die Moskauer Presse, besonders die "Pravda", die angebliche Segregation Polens. Am Mittwoch steht der polnische Vorschlag am Eisland und Lettland zum Abschluß eines Sicherheitsvertrages, in dem unter anderem eine Unterstützung Polens am Eisland und Lettland im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion in Aussicht gestellt wird. Die "Pravda" vermutet in dem Vorschlag einen Stein in dem Bau einer militärischen Schranke gegen die Sowjetunion,

Regierungsschlüsse in Schweden.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Stockholm, 27. Mai.

Zwischen dem sozialistischen Ministerium Sandbergs und den bürgerlichen Parteien des schwedischen Reichstages ist ein erster Konflikt in der Frage der Arbeitslosen ausgebrochen, der wahrscheinlich morgen zum Rücktritt der Regierung führen wird. Diese würde dann wahrscheinlich durch ein Minoritätentreibteil aus Volksfreisinnigen, Liberalen und Bauernbündlern erneut werden. Als zukünftiger Ministerpräsident wird der Volksfraktionen Hedin man genannt.

Danksagung.

Bon. Nachdruck verboten.]

John Galsworthy.

Wäre nicht der Generalstreik in England gewesen, so würden zweifellos englische Mitglieder des P. & R.-Klubs nach Berlin gepilgert sein und eine glänzende Gastfreundschaft genossen haben. Diejenigen von uns, die kommen könnten, freig in den Jahr, hätten das Gefühl, als hätten wir nicht nur unseren eigenen Anteil, sondern auch alles, was den anderen Feind zugesetzt hat, mitempfangen. Man hat uns mit einer Bewußtseinserweiterung wissentlich gehoben und aufgenommen, daß wir vergessen unmöglich ist. Doch diese Erinnerung des P. & R.-Klubs zu ignorieren sei würde, das hätten wir erwartet; doch liegt im deutschen Westen, aber weit mehr als je zu vollkommenen Anordnung und Durchführung des Kongresses bedeute der Krieg, in dem nun uns beigegeben ist, das heißt ans Herz. Nicht nur den Herren Julio, Federn und Mahnholz, sondern auch den Herrn Oberbürgermeister und der Stadt Berlin lagern wir unserer tiefgründigen Dank. Alle haben uns so empfangen, daß wir uns zu fühlen fühlten, daß wir uns glücklich fühlten. Worte sind ein armer Trost, an der überzeugenden Belegstellung unserer Freunde möglicher Dankbarkeit werden, und, man glaubte mir, es ist ein volles und überreichliches Maß.

Ich möchte nicht übertrieben, ich suche mich stets vor Überreibungen zu hüten, und ich weiß: eine Schwäche macht noch keinen Sommer. Ich weiß, der Weltmarkt der materiellen Interessen und des Kaufhauses ist durchsetzt. Ich weiß, Heile und Gefährdet sind ununterbrochene Bögen von vielleicht nur geringen praktischen Wert. Ich bin mir auch bewußt, daß Schriftsteller und ihre Freunde der großen Menge, etwa das sind, was Hofnarren und ihre Posen für die Könige alter Zeiten waren. Dennoch glaube ich, daß internationale Schriftstellerversammlungen, gleich jeder der vergangenen Woche, einen sichereren Genius bringen und immer bringen werden, daß eine kleine Saat des gegenseitigen Verständnisses und der Duldsameit in den Boden gesetzt, ein kleiner Fortschritt, zur gegenwärtigen Sympathie gemacht werden will. Nicht die Faustfaust noch die Faustmer können den Frieden auf Erden bringen; es kann nur durch die näheren, klare Erkenntnis, die Fühlungnahme von Geist zu Geist und durch eine gewisse seelische Haltung, durch den stetigen Entschluß, anderen Wölfen nachzuharbeiten zu begreifen, gefordert werden. Der P. & R.-Klub hält sich gründlich von aller Politik fern. Der gefundene Menschenverbund hat uns vom Anfang an gefragt, wie nutzlos ja sogar schämlich als nutzlos es ist, wenn Schriftsteller auf direktem Wege in die Angelegenheiten der Wölfe eingesetzten suchen. Denn die Wölfe nehmen uns Schriftsteller nicht ernst,

Oesterreichische Beamtenforderungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Wien, 27. Mai.

Die österreichischen Bubbesbeamten haben wieder einmal dringende Wünsche an die Regierung, die im Dezember verabschiedet hat, für das erste Quartal 1926 ein halbes Monatsgehalt extra zu zahlen. Die Wünsche der Beamtenfamilie gehen jetzt aber weiter. Der Zentralrat des Beamtenvereins hat heute seine Forderungen formuliert. Man verlangt sofortige Durchführung einer einheitlichen Gehaltsregelung für alle Dienststellen der Bundesregierung und als Vorstufe auf diese Regelung ein halbes Monatsgehalt für jedes Quartal, damit an die Weise geht das System der 14 Monatsgehalter, die Jahr durchgeführt werde. Weiter fordert man Verstärkung der einheitlichen 35-jährigen Dienstzeit, sofortige Erledigung des Personalvertretungsgesetzes und eine Garantie der Regierung für die ungehemmte Erhaltung des Sozialratsrechts der Beamten. Ob man diese Forderungen erfüllen werden, ist noch klar. Es ist aber anzunehmen, daß man der Regierung, die vorläufig erstart, kein Geld zu haben, etwas Zeit zu Verhandlungen lassen wird.

Pilsudski's Präsidentschaftskandidatur.

Die Wahl sehr wahrscheinlich.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Warschau, 27. Mai.

Seit gestern mittag beraten die Abgeordneten und Senatoren der liberalen Bauernpartei "Piast", die radikale Bauernpartei "Wojciechowice" und der demokratische Bauernpartei. Heute treten weitere Abgeordnete und Senatoren zusammen. Die Parlamentarier beschäftigen sich mit der Wahl bei der kommenden Präsidentenwahl. Bei den Beratungen der Piastenpartei nimmt der Exponentenminister Witold nicht teil. Die Stimme innerhalb der Piastenpartei ist sehr gedämpft. Von der Wahl bei der Piastenpartei hängt das Schicksal der Präsidentschaftskandidatur Pilsudski's im wesentlichen ab. Ein großer Teil der Partei hat sich mit der Ausrundung der Dinge abgehoben, die man überzeugt ist, daß Marschall Pilsudski jetzt entschlossen ist, die Führung des Militärs nicht aus der Hand zu geben. Solche ist ein Kandidat der Radikalen durchaus, so hätte dieser in militärischen Angelegenheiten doch nichts zu sagen, und es würden sich immer wieder neue Schwierigkeiten ergeben. Deshalb müssen viele Mitglieder der Piastenpartei für die Kandidatur Pilsudski stimmen. Andere wollen Stimmenhaltung über. Da die Partei aber einheitlich vorgehen will, so wird sie in der Nationalversammlung höchstwahrscheinlich Stimmenhaltung über. Die Nationalversammlung wird sich aus 441 Abgeordneten und 111 Senatoren, also 553 Mitgliedern, zusammensetzen. Die absolute Mehrheit beträgt 278 Stimmen. Gegen die Kandidatur Pilsudski werden sich mit einigen Ausnahmen die Christlichnationalen, die Nationaldemokraten und Christlichdemokraten und einige Liberalen und Eisenbahner stimmen, insgesamt also 239 Stimmen. Für die Kandidatur Piast werden stimmen: die Sozialisten, die Bauernpartei, die Radikale Bauernpartei, der Arbeitgeber, insgesamt 123 Mitglieder. Außerdem werden für Pilsudski wahrscheinlich noch die jüdische Linken, die Deutsche Vereinigung für Sohn und Senn, die katholischen Minderheiten und einige kleinere demokratische und radikale Gruppen stimmen, zusammen 130 Stimmen. Die gesamte Kaste würde dann über 239 Stimmen verfügen. Es werden ihr also zur absoluten Mehrheit nur 19 Stimmen fehlen. Wenn aber die Piasten Stimmenhaltung über, so würde Pilsudski die Mehrheit erlangen. Stimmenzahl des Piastenpartei und der Nationalen Arbeitnehmer und mit bestimmt wissen, daß die Linksparteien im Falle des Nichtwählens bei der Wahl des Marschalls revolutionäre Akzideen hängen. Diesen widersteht sich Pilsudski, und nur seine Autorität wird dem Ausbruch einer neuen, weit gefährlicheren Revolution befehligen. Deshalb hält die Wahl Pilsudski zum Staatspräsidenten innerhalb des beiden genannten Zentrumspartheien für das kleinere Maß. Ein deutscher Beobachter für den Stimmungsumschwung in der Piastenpartei in die radikale Richtung der Haltung des Haupt-

organ dieser Partei, des Krautauer „Austrowom“ Kurier Gödienri, dieses weitverbreitete Blatt Polens sieht sich seit einer Woche ganz entschieden für die Wahl des Marschalls Pilsudski ein.

Warschau, 27. Mai. (B. T. B.)

Die Generäle Rozwadowski, Jagiello und Jodłowski, die auf der Seite der ehemaligen Regierung Witold gekämpft haben, wurden gestern nach unter militärischer Bedrohung nach Wilna ins Gefängnis gebracht, wo sie wegen verschiedener strafbarer Mißbräuche gebracht, die sie früher angeblich haben zugetrieben kommen sollen, vor ein Militärgericht gestellt werden sollen.

Lloyd George und Asquith.

Die Streitgefechte in der englischen liberalen Partei.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 27. Mai.

Infolge des Briefwechsels zwischen Lloyd George und Lord Oxford ist die gegenwärtige Schaffung in der liberalen Partei außerordentlich gespannt. Es steht fest, daß der Anführer der liberalen Partei auf der Seite der ehemaligen Regierung stand, die gegen Witold gekämpft haben, während Lloyd George und Vivian Phillips, die großen Einfluß auf den alten Asquith ausüben, haben es darauf abgeschaut, Lloyd George aus der liberalen Partei herauszudringen. Seitens des Anführers Asquith wird jetzt auch immer wieder behauptet, daß Lloyd George nach einem derartigen Käufle wie er ihn von Asquith erhalten habe, nichts anderes tun könnte als den Vorfall der Unterhausfraktion wiederzurichten. Das wird von den Abgeordneten Lloyd Georges mit der gleichen Entschiedenheit bestritten. Lloyd George selbst, der sich während des Konflikts sehr zurückgehalten hat, und hat auch in seiner Rede in Lambeth nichts über seine zulässigen Absichten verlauten lassen, Ansatzpunkt für Asquith zu greifen, rücksichtete seine Ansprüche in Lambeth gegen die Regierung Baldwin, die spät zu spät mit eigenen Vorhersagen zur Bekämpfung der Rohstoffkrise herangezogen sei und deshalb schwer Schuld am Scheitern der Stofflieferung trage. Abgesehen von den unmittelbaren Belästigungen des beiden Parteicheefs in der Öffentlichkeit anzusehen werden mußte. Man fürchtet, daß dies der liberalen Partei, der es sowieso schlecht genug geht, aufgewandt sich machen wird.

Streit unter den französischen Sozialisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 27. Mai.

Die Entscheidung des sozialistischen Parteitags in Clermont-Ferrand, die sich, wie schon gemeldet, gegen die Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung ausspricht, aber eine Unterstützungspolitik zuläßt, soll das Programm des Kabinett-Béthouart bestimmen. Die sozialistischen Forderungen entsprechen nicht und befinden sich zwischen dem Kabinett-Béthouart und dem Kabinett-Renaudel. Renaudel und seine Freunde, es ablenken, sich an der Abstimmung zu beteiligen, während Béthouart, der vermittelnden Vorschlägen, Renaudel in der Kommissionssitzung gemacht hatte, nicht Rechnung getragen wurde. Renaudel und seine Freunde haben auch die o. S. abgelehnt, die ihnen in der parlamentarischen Delegation der Partei angeboten waren. Diese o. S. wurde jedoch für die Unzufriedenheit frei gehalten, weil man hofft, sie noch umstimmen zu können. Vorläufig aber ist eine moralische Spaltung der Partei festgestellt.

* Der Streit in Rumänien beendet. Der Streit auf dem Bau des Rumänisch-Bulgaren-Elektrizitätswerkes ist zu Ende. Die Arbeit soll, nachdem der Streit vier Wochen angehalten hat, im Laufe des morgigen Tages wieder aufgenommen werden. Der Zeiterlust von einem Monat wird sich aber schwierig wieder ausgleichen lassen, so daß mit einer verpäteten Fertigstellung dieses Werkes gerechnet werden muß.

wird. Die Kunst ist der menschlichen Natur an sich eigen, ihr kostbarer Werk, sie darf nicht zum Spielball eines böseglückigen gewählt und von ihm ermordigt werden.

Die Organisation, die sich P. C. L. Club nennt, ist jetzt fünf Jahre alt. Sie hat sich bereits über 25 Länder ausgedehnt. Sie wird noch mehr und neue Gebiete erreichen. Sie dürfte jetzt zweitausend Schriftsteller umfassen. Sie hat sich so sehr ausgebaut, weil sie mehr als ein blauer Alp ist, weil sie ein Symbol ist. Derartige Bewegungen breiten sich aus oder weisen sich hin, die machen sie einen wichtigen Bedeutung im Geiste ihrer Zeit ent sprechen oder nicht. Die letzten fünf Jahre haben bewiesen, daß dieses Bedeutung vorhanden ist; die nächsten fünf werden, glaube ich, es noch mehr beweisen. Wir können nicht in der Zukunft leben; wir Schriftsteller wollen uns daher nicht mit ihr beschäftigen; wir wollen einander in der Gegenwart als Freunde erwarten und Tag für Tag der Wahrheit dienen, Schönheit schaffen und eine gute Gemüthsart.

Jules Romains hat einem Mitarbeiter der Zeitung "L'Œuvre" erklärt, daß die französischen Delegierten der Konferenz des P. C. L. Club in Berlin gedacht haben. Jules Romains sagt: Der Kongress in Berlin war ganz außerordentlich gelungen. Die richtige Atmosphäre war sofort geschaffen. Man hat das Durcheinander, das in Berlin einen Kongress zu veranstalten, bei dem ein wirtschaftlich europäischer Geist herrsche, und bei dem von Politik überwunden werden sollte. Die deutschen Organisatoren hatten die rechte Stimmung vorbereitet. Das Bankett im Rathaus, bei dem der französische Delegierte auf die Rede des Oberbürgermeisters antwortete, war ein harter, sogar erregender Endkampf. Die persönlichen Akte des Krieges legten mir nach meiner Antwort auf die offizielle Begrüßung: „Ihr Werk waren sehr wichtig für die Zukunft unserer Beziehungen.“ Männer der Rechten verschwanden mit, daß sie eine solche Atmosphäre des Friedens nicht möglich gehalten hätten. Sie waren bewegt und ihre Empfindungen waren aufregend. Die Deutschen sind keine Südländer, die sich hinterher lassen; sie haben oft bewiesen, daß sie in ihren Neuerungen sehr vorsichtig sind. Meine Seele überzeugung ist, daß es, sondern daß die Verbindung Deutschlands und Frankreichs nicht bloß möglich ist, sondern daß diese Verbindung hauptsächlich von uns Franzosen abhängt. Es gibt in Deutschland viele Menschen, die den besten Willen haben, die sich aber noch zurückhalten, weil sie sich nicht einer Entwicklung anschließen wollen. Ich habe viel über das fröhliche Leben des Volkes und ich glaube nicht mehr, daß die Deutschen ein fröhliches Volk sind. Der Deutsche ist energisch, arbeitsam, intelligent. Alles, was für einen Krieg notwendig war, ist methodisch und sorgfältig vorbereitet gewesen. Aber die Arbeit für Industrie, für Wissenschaft und Kunst ist nicht weniger sorgfältig gewesen,

